

Landesnachrichten

Artikel aus den
Stuttgarter Nachrichten
vom 05.06.2003

[\[«« zurück\]](#)

Fahrradland legt Verschnaufpause ein**Regierung gegen Radetat - Keine einheitliche Beschilderung**

Stuttgart - In Zeiten leerer Haushaltskassen kommt auch das Fahrradland Baden-Württemberg aus dem Tritt. Die Landesregierung lehnte jüngst eine Forderung der Grünen ab, einen eigenen Radwegeetat einzurichten.

VON TORSTEN SCHÖLL

Die Forderungsliste der Grünen im Landtag war lang. Doch am Ende blieb so gut wie nichts davon übrig. Nur auf die Wiedereinführung der Radmitnahme auf der ICE-Strecke Stuttgart-Zürich hätten sich Opposition und Regierungsparteien zur Not verständigen können.

Während die Fraktion der Grünen aber darauf gedrängt hat, dass die Landesregierung bei dem Thema auf die Deutsche Bahn AG einwirken soll, hält die CDU den Radtransport im ICE für eine unternehmerische Entscheidung der Bahn. "Das Land", schimpfte der Grünen-Abgeordnete Boris Palmer anlässlich einer Debatte im Landtag, "hat die Verantwortung für künftigen Radtransport im ICE damit einfach abgedrückt." Und auch sonst scheint Baden-Württemberg beim Thema Radinfrastruktur auf absehbare Zeit erst einmal einen Gang zurückzuschalten: Die Forderung der Grünen und des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) nach einer einheitlichen Beschilderung der Radwege, wie es die Schweiz vorgemacht hat, hält Stefan Mappus (CDU), Staatssekretär im Verkehrsministerium, im Land vorerst für nicht realisierbar. In den nächsten vier bis fünf Jahren, so die Prognose, sei die einheitliche Beschilderung nicht zu finanzieren.

Im selben Zusammenhang lehnte die Landesregierung vergangene Woche auch ab, einen eigenständigen Förderweg für die Finanzierung der Radinfrastruktur im Land zu etablieren. Die Grünen hofften dadurch, die Kommunen in eine landesweite Radwegeplanung einbinden zu können. In diesem Fall lautete die Begründung der Absage: Ein solches Vorhaben würde einem Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung gleichkommen. Ebenso wenig Gehör fand der Vorschlag der Opposition, die Finanzierung der landeseinheitlichen Beschilderung durch eine Finanzumschichtung zu ermöglichen: Eine halbe Million Euro aus dem Straßenbau- und Radwegeetat für die Tafeln abzuzweigen, so die Einschätzung des Stuttgarter Verkehrsministeriums, würde die Flexibilität im Straßenbau einschränken.

Dass in Sachen Radwegeausbau Handlungsbedarf besteht, beweist derzeit indes die Urlaubsregion Nordschwarzwald. In Pforzheim startet am 27. Juli das Modellprojekt "Radfahrerfreundliche Urlaubsregion Nordschwarzwald". Hintergrund der Initiative des Tourismusverbands Baden-Württemberg, der Wirtschaftsfördergesellschaft Nordschwarzwald und des ADFC: Das Radwegenetz in der Region ist erheblich verbesserungsbedürftig. Unter anderem soll der Radtourist durch die Modernisierung der Wegebeschilderung das Urlaubsgebiet schätzen lernen. Auch die Verknüpfung verschiedener Radwege soll das Pilotprojekt fördern. Bemerkenswert: Wirtschaftsminister Walter Döring (FDP), bekanntermaßen Mitglied der Landesregierung, hatte sich unlängst für die Initiative stark gemacht.

05.06.2003 - aktualisiert: 05.06.2003, 05:08 Uhr

 [nach oben](#)

URL dieser Druckversion:

http://www.stuttgarter-nachrichten.de/stn/page/detail.php/437747/stn_artikel_bildlinks_druck

Original-Artikel:

<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/stn/page/detail.php/437747>